



BBE

Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches
Engagement

ENGAGEMENTPOLITISCHE EMPFEHLUNGEN

des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches
Engagement (BBE) für ein Regierungsprogramm
der 19. Legislaturperiode

ENGAGEMENTPOLITISCHE EMPFEHLUNGEN DES BUNDESNETZWERKS BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT (BBE) FÜR EIN REGIERUNGSPROGRAMM DER 19. LEGISLATURPERIODE

Das Hintergrundpapier „Engagementpolitische Empfehlungen des BBE für ein Regierungsprogramm der 19. Legislaturperiode“ ist von den Mitgliedern des BBE-Koordinierungsausschusses erarbeitet worden. Es stellt eine erweiterte Fassung der „Engagementpolitischen Empfehlungen des BBE zur Bundestagswahl 2017“ dar, die die Mitgliederversammlung am 25.11.2016 verabschiedet hat.

INHALT

2 Einleitung

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

3 Engagement stärken heißt Demokratie stärken

4 Verlässliche Infrastrukturen für alle, die sich engagieren wollen

5 Offene Zugänge und Teilhabe im bürgerschaftlichen Engagement schaffen

6 Bürgerschaftliches Engagement als Teil des Integrationsprozesses ausbauen und verstetigen

7 Engagementfreundliche politische Rahmensetzungen schaffen

8 Ziele nachhaltiger Entwicklung – ohne Engagement nicht denk- und machbar

9 Den Sozialen Nahraum als wichtigsten Gestaltungsraum für Engagement fördern

10 Für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger den Weg ebnen

11 Zivilgesellschaftsforschung braucht Infrastrukturen und Netzwerke

12 Impressum

EINLEITUNG

Bürgerschaftliches Engagement gestaltet unsere Gesellschaft und Demokratie. Das hat es nicht zuletzt in der gesellschaftlichen herausragenden Unterstützung für Geflüchtete eindrucksvoll bewiesen. Die über 265 Mitglieder des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Arbeitsleben, Politik und Verwaltung repräsentieren den größten Teil des Engagements von 31 Millionen Menschen in Deutschland. Wir verstehen bürgerschaftliches Engagement als wichtige Quelle und unverzichtbares Bürgerrecht einer starken, demokratisch verfassten, sozial

gerechten und vielfältigen Zivilgesellschaft.

Mit diesem Papier benennt das BBE gegenüber den politischen Parteien die aus seiner Sicht wichtigsten Herausforderungen und zentralen Empfehlungen an die Engagementpolitik auf Bundesebene. Wir tun dies in der Überzeugung, dass sich alle Menschen in Deutschland mit ihren jeweiligen unterschiedlichen Talenten und Motivationen in unsere Gesellschaft sinnvoll einbringen können, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen und Unterstützungsmöglichkeiten vorhanden sind.

ENGAGEMENT STÄRKEN HEISST DEMOKRATIE STÄRKEN

Engagementpolitik schafft den Rahmen, in dem Menschen nach ihren eigenen Interessen, Werten und Möglichkeiten Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen. Engagement gestaltet die Gesellschaft und ermöglicht zugleich Erfahrungen, durch die demokratische Haltungen und Werte weiterentwickelt und stabilisiert werden können. Zur Stärkung von Engagement und Demokratie fordern wir:

- Die Gestaltungsspielräume und Zivilcourage der engagierten Bürgerinnen und Bürger in der demokratischen Gesellschaft müssen gestärkt werden, etwa um populistischen Akteuren entschieden entgegentreten zu können. Auch müssen digitale Räume, wie z.B. Soziale Medien, demokratisiert und Medienkompetenzen gestärkt werden, damit Gewalt, Menschenfeindlichkeit und Intoleranz entgegengewirkt werden kann.
- Junge Menschen müssen frühzeitig lernen und erfahren können, wie sie selbst gestalten und sich engagieren können. Neben den vielfältigen Engagementmöglichkeiten in

der außerschulischen Jugendarbeit müssen sich auch die Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und vor allem Schulen vermehrt für Mitbestimmung und Beteiligung öffnen. Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern muss ausgebaut werden.

- Die Querschnittskoordination der Engagement- und Demokratiepolicies sollte künftig in einem gemeinsamen Abstimmungsprozess zwischen den zuständigen Bundesministerien erfolgen.
- Der Unterausschuss „Bürgerchaftliches Engagement“ ist zu einem Hauptausschuss des Deutschen Bundestages aufzuwerten.
- Die Einsetzung einer Demokratie-Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag kann dazu beitragen, die vielfältigen Innovationen im Bereich von Engagement und Partizipation mit der repräsentativen Demokratie zu verknüpfen, eine breite gesellschaftliche Debatte über das Gemeinwesen, Zusammenhalt und Demokratie anzustoßen und eine Kultur der Beteiligung zu entwickeln.

VERLÄSSLICHE INFRASTRUKTUREN FÜR ALLE, DIE SICH ENGAGIEREN WOLLEN

Die Zahlen des Freiwilligensurveys 2014 haben deutlich gemacht, dass bei der Stärkung und Nachbesetzung von Führungs- und Vorstandsrollen, v.a. in Vereinen, Handlungsbedarf besteht. Ehrenamtlich organisierte Initiativen und Vereine klagen zudem zunehmend über wachsende gesetzliche Anforderungen, die sie nicht mehr bewältigen können. Die Organisationen der Zivilgesellschaft – wie Gruppen, Initiativen, Vereine, Verbände, Stiftungen, Genossenschaften u.a. – gilt es deshalb weiter zu stärken. Doch sollten auch die neuen, informelleren Formen des Engagements mit berücksichtigt werden:

➤ Für eine nachhaltige Infrastruktur für das Engagement bedarf es einer Möglichkeit des Bundes zur

Förderung und einer stärkeren Einbindung der Länder in Förderentscheidungen. Bund, Länder und Kommunen müssen eine dauerhafte Grundförderung als Gemeinschaftsaufgabe ermöglichen.

➤ Um die Selbstorganisationsfähigkeit der Bürgergesellschaft auf Dauer zu erhalten, müssen geeignete Programme für Fortbildung und Erfahrungsaustausch gefördert werden.

➤ Die sektorübergreifende Kooperationsfähigkeit von Zivilgesellschaft, Unternehmen und Staat ist zu stärken, nicht nur in Bezug auf bisektorale, sondern auch für eine multi-sektorale Zusammenarbeit. Hierfür müssen Lernräume für Akteure aller drei Sektoren ermöglicht werden.

OFFENE ZUGÄNGE UND TEILHABE IM BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENT SCHAFFEN

Die gleichberechtigte Teilhabe und die Integration aller Menschen ist entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die bestehende soziale Ungleichheit und fehlende Zugänge zu gesellschaftlicher Teilhabe und selbstbestimmtem Engagement sind daher zentrale Herausforderungen der Engagementpolitik: Das Engagement für, mit und von Menschen mit Migrationshintergrund, von armen Menschen, Menschen mit geringer formaler Bildung, Menschen mit Behinderung – und vielen weiteren Gruppen, die auch im bürgerschaftlichen Engagement von Ausgrenzung bedroht sind – muss unter dem Anspruch einer inklusiven Gesellschaft gestärkt werden. Diese Herausforderung ist auch zu verstehen als Teil der sozialen Menschen- und Bürgerrechte. Eine Vielzahl von Maßnahmen ist erforderlich, um die bislang weniger engagierten Gruppen zu erreichen und soziale Ungleichheit abzubauen. Insbesondere folgende Schwerpunkte sollten Teil einer bundespolitischen Engagementstrategie sein:

- Zugangs- und Beteiligungschancen zum bürgerschaftlichen Engage-

ment gilt es für alle Altersgruppen auszubauen.

- In der gesellschaftlichen Debatte über die Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen sind deren Engagement und Partizipation stärker zu berücksichtigen und zu ermöglichen.

- Um Menschen in prekären Lebenssituationen ein Engagement zu ermöglichen, sind die Bezüge und Übergänge zwischen Engagement und Erwerbsarbeit unter Wahrung eines freiwilligen, eigensinnigen und unentgeltlichen Engagements zu stärken. Denn Engagement kann auch Zugänge in Arbeit und Beruf eröffnen. Ferner ist es wichtig, die Erstattung von Auslagen im Engagement abzusichern, da hiermit häufig unzumutbare Hürden verbunden sind.

- Gute Erfahrungen mit niedrigschwelligen Zugängen und aufsuchenden Formaten der Engagementförderung müssen für Lern- und Transferprozesse nutzbar gemacht werden.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT ALS TEIL DES INTEGRATIONSPROZESSES AUSBAUEN UND VERSTETIGEN

Teilhabe und Integration aller Menschen gleich welcher Herkunft sind wesentlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dabei sind interkulturelle Begegnungen und interreligiöser Dialog von besonderer Bedeutung. Aus diesem Grund ist eine abgestimmte Engagementstrategie zu entwickeln, die Maßnahmen enthält, um traditionelle Engagementstrukturen bei ihrer interkulturellen Öffnung zu unterstützen, Zugangsbarrieren abzubauen und eine selbstbestimmte Teilhabe aller am Engagement zu ermöglichen:

- Die Beteiligung und Strukturentwicklung von Migrant*innenorganisationen muss nachhaltig erfolgen. Kooperation und Vernetzung mit anderen Akteuren der Integrationsarbeit und der Engagementförderung gilt es auszubauen und zu festigen.
- Traditionelle Engagementstrukturen sind bei ihrer interkulturellen Öffnung zu unterstützen. Hierzu sind insbesondere bereichsübergreifende Formate des Austauschs, der Vernetzung sowie der Fort- und Weiterbildung gefragt.

ENGAGEMENTFREUNDLICHE POLITISCHE RAHMENSETZUNGEN SCHAFFEN

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen mit ihren Engagierten verantworten und gestalten gesellschaftliche Aufgaben. Dafür brauchen sie die Unterstützung durch Staat und Politik, die dem pluralen Charakter der Zivilgesellschaft Rechnung tragen muss. Gestaltungsräume für selbstorganisierte Strukturen und Maßnahmen sollten eröffnet und Förderbarrieren abgebaut werden:

- Der bürokratische Aufwand muss gesenkt, das Zuwendungsrecht vereinfacht und Zuständigkeiten sollten gebündelt werden. Die durch die Fehlbetragsfinanzierung eingeschränkte Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen sollte korrigiert werden.
- Das Subsidiaritätsprinzip sollte für alle Formen bürgerschaftlichen Engagements Gültigkeit haben bei der vorrangigen Aufgabenübernahme durch zivilgesellschaftliche Akteure gegenüber staatlichen.
- Bürgerschaftliches Engagement muss allen Menschen offenstehen. Dafür ist eine Inklusions-Regelung erforderlich, die Menschen mit besonderem Förderbedarf (bei sozialen/ schichtenspezifischen benachteiligungen, körperlichen, psychischen, seelischen und Sinnesbeeinträchtigungen, Geflüchtete...) ohne förderrechtliche Zugangsbarrieren bürgerschaftliches Engagement ermöglicht.
- Die Arbeitsmarktneutralität in den Freiwilligendiensten ist von den beteiligten Akteuren sicherzustellen.
- Dem Problem der Monetarisierung und damit der Funktionalisierung von bürgerschaftlichem Engagement muss auch auf Bundesebene im Kontext von Gesetzen und Verordnungen entgegen gewirkt werden. Die Engagementverträglichkeit von Gesetzen muss im Bund sichergestellt werden.

ZIELE NACHHALTIGER ENTWICKLUNG – OHNE ENGAGEMENT NICHT DENK- UND MACHBAR

Eine nachhaltige Entwicklung unseres Planeten setzt eine engagierte Zivilgesellschaft voraus. Die Umsetzung der von der UN 2016 in Kraft gesetzten Sustainable Development Goals (SDGs) erfordert ein grundsätzliches Überdenken und einen Wandel unserer Lebensstile:

➤ Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen im Prozess der Politikgestaltung stärker beteiligt und ihre Erfahrungen und kreativen Lösungsansätze in Entscheidungsprozesse besser integriert werden.

➤ Multisektorale Ansätze sollen dabei eine besondere Berücksichtigung finden.

➤ Austausch und Kooperation von zivilgesellschaftlichen Akteuren über die Grenzen Europas hinweg müssen stärker gefördert werden.

➤ Das Engagement in Entwicklungspolitik und humanitärer Hilfe sowie bei der Bearbeitung der Ursachen für eine weltweit wachsende Zahl geflüchteter Menschen gilt es zu stärken und zu begleiten.

DEN SOZIALEN NAHRAUM ALS WICHTIGSTEN GESTALTUNGSRAUM FÜR ENGAGEMENT FÖRDERN

Über 80 Prozent der Engagierten wollen die Gesellschaft mitgestalten (Freiwilligensurvey 2014). Sie tun dies vor allem im sozialen Nahraum, in ihrem Dorf oder Stadtquartier. Immer mehr Förderprogramme wie LEADER oder Soziale Stadt widmen sich der Gestaltung und Restrukturierung dieses unmittelbaren Lebensumfelds. Die Synergien zwischen bürgerschaftlichem Gestaltungswillen und der kommunalen Aufgabe der Revitalisierung von Sozialräumen müssen stärker und nachhaltiger gefördert werden:

➤ Ansätze wie die Programme „Engagierte Stadt“ und „Soziale

Stadt“ sollen ausgebaut und verstetigt werden.

➤ Förderprogramme, die den Sozialraum im Fokus haben, sollten immer mit den Anforderungen und Wünschen der im Lebensumfeld Engagierten zusammengedacht werden.

➤ Die Steuerungsebene derartiger Förderungen sollte im Sinne des Subsidiaritätsgedankens bei den kommunalen AkteurInnen verortet sein.

➤ Für überregionalen Erfahrungsaustausch oder Vernetzung sind entsprechende Mittel einzusetzen.

FÜR EIN EUROPA DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER DEN WEG EBEN

Die Vision eines Europas der Bürgerinnen und Bürger steht vor großen Herausforderungen. Die europäischen Werte wie Solidarität und Werte wie Gleichheit, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen belebt und gestärkt werden:

➤ Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen am Prozess der Politikgestaltung stärker beteiligt und ihre Erfahrungen und Lösungsvorschläge in politische Entscheidungsprozesse besser integriert werden. Dafür muss auf nationaler wie europäischer Ebene ein kontinuierlicher Gesprächsrahmen zwi-

schen Politik und Zivilgesellschaft geschaffen werden. Einen Referenzrahmen bieten hierfür die Prinzipien partizipativer Demokratie in Artikel 11 EUV.

➤ Eine im Wesentlichen auf Abwehr und die Sicherung der Außengrenzen gerichtete Geflüchtetenpolitik entspricht nicht dem Verständnis der europäischen Werte. Deshalb ist in die Beseitigung von Fluchtursachen zu investieren und sind insbesondere die Maßnahmen zivilgesellschaftlicher Akteure in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu stärken.

ZIVILGESELLSCHAFTSFORSCHUNG BRAUCHT INFRASTRUKTUREN UND NETZWERKE

Die Zivilgesellschaftsforschung verfügt über keine robusten institutionellen Strukturen oder Lehrstühle an Universitäten. Es bedarf daher:

- Entwicklung einer vernetzten Strategie zum Aufbau tragfähiger Infrastrukturen für die inter- und transdisziplinäre Zivilgesellschaftsforschung, in die sich alle Akteure der Forschungsförderung einbringen.
- Hochschulförderprogramme wie „Innovative Hochschule“, die den Austausch auf Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft einfordern, sollen so weiterentwickelt werden, dass sie sich neben Forschung und Lehre als selbstverständliche „Third Mission“ an allen Hochschulen etablieren.
- Ansätze der Bürgerwissenschaft („citizen science“) sollten nach dem gerade aufgesetzten Förderprogramm des BMBF evaluiert und nachhaltig weiterentwickelt werden.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Michaelkirchstr. 17/18
10179 Berlin-Mitte

 +49 30 62980 100

 info@b-b-e.de

 <http://www.b-b-e.de>

V.I.S.D.P.

PD Dr. Ansgar Klein

LAYOUT/SATZ

Regina Vierkant (sevenminds)

ERSCHEINUNGSDATUM

September 2017

ENTWICKELN. VERNETZEN. STÄRKEN.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist das Netzwerk für Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft zur nachhaltigen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgergesellschaft in allen Gesellschafts- und Politikbereichen.

BBE-NEWSLETTER ONLINE

BBE-NEWSLETTER

Der BBE-Newsletter informiert 14-täglich über Engagementpolitik und -debatte in Deutschland, interessante Publikationen und Veranstaltungen sowie Aktuelles aus dem BBE. In monatlichen Themenschwerpunkten vertiefen AutorInnen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zivilgesellschaftliche Themen.

 www.b-b-e.de/newsletter

BBE EUROPA-NACHRICHTEN

Die BBE Europa-Nachrichten zu Engagement und Partizipation in Europa bieten monatlich Informationen und Hintergrundberichte zu europäischen Fragen der Engagementpolitik und -förderung, Gastbeiträge namhafter Europa-ExpertInnen sowie Hinweise auf internationale Beteiligungsverfahren.

 www.b-b-e.de/eunewsletter

INFOLETTER

Der INFOLETTER zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements erscheint vierteljährlich, informiert über die Aktivitäten zu Vorbereitung und Durchführung der Aktionswoche, stellt Engagement-Projekte vor und hält über die Nachrichten, Aktionen und Materialien rund um das bürgerschaftliche Engagement auf dem Laufenden.

 www.engagement-macht-stark.de/publikationen/infoletter

NEWSLETTER-ABO

 www.b-b-e.de/newsletter-abo